2017/35 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2017/35/wenn-freiheit-aus-der-mode-kommt

Proteste gegen Frauenunterdrückung in der Türkei

Wenn Freiheit aus der Mode kommt

Von **Sabine Küper-Büsch**

In der Türkei gibt es Proteste gegen die Belästigung von Frauen im öffentlichen Raum wegen ihrer Kleiderwahl. Die Regierung begünstigt mit ihrer repressiven Politik den Sexismus.

Der Maçka-Park ist am Wochenende ein beliebtes Ausflugsziel der Istanbuler Mittelschicht. Hunde tollen durch das Grün, Kinder tummeln sich auf Spielplätzen und die Bewohnerinnen und Bewohner vor allem der wohlhabenden Viertel Osmanbey, Nişantaşı und Teşvikiye des Distrikts Şişli treffen sich zum Picknick. Viele halten Bierflaschen in der Hand und rauchen. Obwohl es auch hier städtische Parkwächter gibt, kümmert niemanden das Rauch- und Trinkverbot in Anwesenheit von Minderjährigen in öffentlichen Anlagen. Die Mehrheit der Bevölkerung von Şişli wählt ebenso wie im Nachbardistrikt Beşiktaş die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP). Zusammen mit den Stadtteilen Kadıköy und Fenerbahçe auf der asiatischen Seite gehören sie zu den Enklaven der alten kemalistischen Führungsschicht des Landes.

Im zentralen Bassin des Parks läuft derzeit kein Wasser. »Das ist eine Schikane der von den Islamisch-Konservativen dominierten Wasserwerke«, ärgert sich eine Frau in bunter Sommerkleidung. In der Hand hält sie ein Schild mit der Aufschrift »Misch dich nicht in meine Kleidung ein«. Neben dem leeren Wasserbassin steht ein Stand der Bürgerinitiative für freie Kleiderwahl. Den ganzen Nachmittag über und bis spät am Abend diskutieren Istanbulerinnen und Istanbuler über die Einschränkungen ihres Lebensstils, die sie als »Vorboten einer islamisch-konservativen Dominanz« in der Türkei sehen.

> Ein Nachtwächter hatte versucht, zwei junge Frauen zum Verlassen des Maçka-Parks zu nötigen, weil sie angeblich zu transparente Oberteile trugen.

Anfang August geriet »Maçka-Park« zum meistgeteilten Hashtag in der Türkei. Ein Nachtwächter hatte versucht, zwei junge Frauen zum Verlassen des Parks zu nötigen, weil sie angeblich zu transparente Oberteile trugen. Als Burçu Ş. und Çapla K. sich verbal zur Wehr setzten, rief Savaş İ. schließlich die Polizei. Nur anwesende Zeugen, die beherzt vorgingen, konnten verhindern, dass die beiden Frauen die Nacht auf der Polizeiwache

verbringen mussten. »Diese Typen von irgendwelchen privaten Wachdiensten unterliegen doch keinerlei staatlicher Kontrolle«, kritisiert eine Podiumssprecherin während der Diskussionsveranstaltung im Park.

Doch auch staatliche Kontrolle garantiert keinen Schutz vor Gewalt. Eine türkische Cellistin wurde im Juli im Istanbuler öffentlichen Nahverkehr von Polizisten festgenommen, weil diese ihren Instrumentenkasten für ein Bombenversteck hielten. Auf den verbalen Protest der Musikerin folgte eine Festnahme mit einer anschließenden Tracht Prügel auf der Polizeiwache. Bereits vor dem Referendum im April setzte eine offene Repressionspolitik ein, legitimiert durch den seit vergangenem Jahr herrschenden Ausnahmezustand. Gegen die Satirezeitschrift Uykusuz wird derzeit ermittelt, weil sie auf einem Titelbild vom März eine Gruppe Studierender gezeigt hat, die von der Polizei auf offener Straße verprügelt wird, nachdem sie öffentlich zu einem Nein beim Verfassungsreferendum aufgerufen hat. Dies ist tatsächlich geschehen, doch die Verbreitung dieser Nachricht kann im schlimmsten Fall als regierungsfeindliche Propaganda interpretiert werden.

Die Repression gegen die Opposition geht mit Maßnahmen einher, die den homophoben und reaktionären Vorstellungen der islamisch-konservativen Bewegung entgegenkommen. Schon das zweite Jahr in Folge wurde der für den Sommer geplante Gay-Pride-March in Istanbul verboten – mit der Begründung, dass er in den Fastenmonat Ramadan falle und Gläubige sich gestört fühlen könnten. Bereits 2015 hatte das Verfassungsgericht die Auflage aufgehoben, dass vor einer religiösen Trauung erst eine zivilrechtliche stattfinden müsse. Abgeordnete der CHP kritisierten, dass damit vor allem frauenfeindliche Praktiken wie das einseitige Scheidungsrecht des Ehemanns, die Mehrehe, Eheschließungen von Minderjährigen und ungeklärte Unterhaltszahlungen nach Scheidungen legalisiert würden.

Im Juli, kurz nach dem Jahrestag des vereitelten Putsches, wurde ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der islamische Geistliche autorisieren soll, zivilrechtlich gültige Ehen zu trauen. Die parlamentarische Debatte darüber steht noch aus, doch allein der Entwurf reichte schon aus, um Frauenrechtlerinnen zu alarmieren. Die türkische Cartoonistin İpek Özsüslü twitterte, dass ihre schlimmsten Befürchtungen wahr zu werden drohten. Die feministische Satirezeitschrift Bayan Yanı, für die die Zeichnerin vor allem tätig ist, setzt sich seit Jahren vehement gegen die bislang illegale, aber geduldete religiöse Trauung von Minderjährigen ein.

Die Zeitschrift ist eine der Plattformen der Bewegung für freie Kleiderwahl, die mittlerweile in die Gründung außerparlamentarischer Frauennetzwerke mündete. Vergangene Woche tagten die Frauenverbände in Istanbul, İzmir und Ankara. Unterstützt werden diese Initiativen von der großen Mehrheit der fortschrittlichen Zivilgesellschaft. Das Istanbuler Frauenparlament traf sich in den Räumen der Architektenkammer. Bislang traut sich die Regierung noch nicht, gegen diese Bewegung vorzugehen, denn in der eigenen islamisch-konservativen Bewegung spielten die Frauen und ihr Kampf um das Tragen des Kopftuchs eine zentrale Rolle.

Bestärkt durch die Regierungspolitik wird die Belästigung von Frauen im öffentlichen Raum wegen angeblich zu freizügiger Kleidung salonfähig. Im Juni wurde eine Studentin im Istanbuler Stadtteil Pendik im Minibus von einem Mann zunächst wegen ihrer kurzen Hose

belästigt und dann, nach darauffolgender Diskussion, von ihm geohrfeigt. Sie zeigte den Täter an. Seither mehren sich Berichte über ähnliche Vorfälle. Zwei junge Frauen in kurzen Kleidern wandten sich Mitte August in İzmir an Streifenpolizisten, weil zwei Motorradfahrer sie auf der Straße angefasst hatten. Die Polizisten entgegneten, dass das angesichts der Aufmachung der Frauen kein Wunder sei. Als Derya K. und Seray G. sich darüber aufregten, setzten die Beamten Gewalt ein, eine der jungen Frauen wurde von einem Polizisten zu Boden gestoßen, geschlagen und getreten. Nur dank eines Videos, das ein Anwohner aus einem Fenster mit seinem Smartphone aufgenommen und auf Twitter geteilt hatte, konnten die jungen Frauen ihre Misshandlung beweisen und bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren erreichen.

»Das sind staatlich finanzierte Frauenfeinde in Uniform«, sagt eine der Rednerinnen im Maçka-Park. Alle Anwesenden der Diskussionsveranstaltung sind sich darüber einig, dass neben der Aggression gegen Frauen aus der Bevölkerung die Gewaltbereitschaft der Polizei bedrohlich sei. Eine Studentin der Istanbuler Yıldız-Universität sagt, die Aggression gegen Frauen liefere einer allgemeinen Aggression gegen Andersdenkende ein kulturell legitimiertes Ventil.

Zugleich werden staatliche Kontrollinstanzen installiert. Seit Freitag vergangener Woche patrouillieren nachts in Istanbuler Stadtvierteln frisch ausgebildete Nachbarschaftswachen, angeblich um die Sicherheit zu erhöhen. Solche Patrouillen gab es bereits nach dem Militärputsch von 1980 eine Zeitlang. Es wird sich zeigen, ob die Wachmänner wirklich für allgemeine Sicherheit sorgen oder demnächst vielmehr Rocklänge und Alkoholkonsum kontrollieren.

© Jungle World Verlags GmbH